

(Präsident Denzer)

- (A) Da ich sie nicht besonders provozieren will, ist die Beratung geschlossen.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung - federführend - und an den Ausschuß für Kommunalpolitik. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Unterhaltsbeihilfen für Schüler des Landes Nordrhein-Westfalen
(Unterhaltsbeihilfengesetz - UBG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4807
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird durch den Herrn Kultusminister eingebracht. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister.

Schwier, Kultusminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsbeihilfengesetzes verfolgt die Landesregierung zwei Ziele.

- (B) Erstens: Es soll die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, daß auch noch in den Jahren 1990 und 1991 Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, in die Fachstufe einer vollzeitschulischen Berufsausbildung eintreten können und für diese Ausbildung neben der monatlichen Ausbildungsbeihilfe vom 300 bzw. 395 DM denselben sozialversicherungsrechtlichen Schutz erhalten, wie er für die Auszubildenden in betrieblichen Auszubildendenverhältnissen selbstverständlich ist.

Zweitens: Vorsorglich für den Fall, daß ab 1. August 1990 noch nicht alle Schüler der Sekundarstufe II wieder von der Schülerförderung des BAföG erfaßt werden, soll die landesrechtliche Schülerförderung nach dem UBG Nordrhein-Westfalen mit Beginn des Schuljahrs 1990/91 durch eine Anhebung der Freibeträge vom Elterneinkommen für diejenigen Schüler verbessert werden, die das Bundes-BAföG auch künftig unberücksichtigt läßt.

Ich mache noch einmal deutlich: Die Landesregierung hat immer darauf hingewiesen, daß es sich bei den Sondermaßnahmen an berufs-

bildenden Schulen zur Vorbereitung junger Menschen auf eine externe Kammerprüfung um Notmaßnahmen handelt, um den über Jahre andauernden Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen überwinden zu helfen. Man konnte in den letzten Wochen den Eindruck haben, diese Not sei nunmehr endgültig behoben. Das stimmt nicht, jedenfalls nicht überall im Land. Es gilt erst recht, daß wir für junge Frauen Ausbildungsplätze zu schaffen haben. (C)

Die insgesamt positive Entwicklung der Ausbildungsplätze will ich damit überhaupt nicht in Frage stellen. Aber ich erinnere mich auch sehr lebhaft, daß Kolleginnen und Kollegen aus diesem Hause, die im Prinzip gegen solch eine Ausbildung immer waren, sie auch damals abgelehnt haben, im Einzelfall natürlich den Kultusminister heftig gedrängt haben, doch die Maßnahmen fortzusetzen.

Wir haben in 1989 die Genehmigungskriterien für den Eintrittsjahrgang 1989 weiter verschärft; wir werden das auch in Zukunft tun. Zur Zeit haben wir noch 23 Maßnahmen mit 500 Ausbildungsplätzen genehmigt.

Der andere Problemkreis, nämlich die Verbesserung der landesrechtlichen Schülerförderung nach dem Unterhaltsbeihilfengesetz Nordrhein-Westfalen, ist eine vorsorgliche Maßnahme. Wir haben immer noch die Hoffnung, daß der Bundestag den Anregungen der SPD-Fraktion folgt. Ich habe die dringliche Bitte, daß mein Kollege Möllemann sich in dieser Frage durchsetzt. Wir wollen hier sozusagen zur Sicherheit für unsere Schülerinnen und Schüler, für unsere Auszubildenden Vorsorge treffen. (D)

Ich wünsche mir im Interesse dieser Betroffenen eine schnelle und zügige Beratung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Reul das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Reul (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion möchte es bei der ersten Lesung auch kurz machen. Wir haben damals bei der ersten Beratung des Unterhaltsbeihilfengesetzes 1986 schon unsere grundsätzlichen Bedenken vorgetragen; sie bestehen fort. Wir fühlen uns auch bestätigt durch die vielen Ausbildungsplätze, die im Bereich der betrieblichen Ausbildung eingerichtet worden sind. Hier ist mittlerweile ungeheuer viel geschaffen worden. Wir bleiben bei unseren grundsätzlichen Bedenken,

(Reul (CDU))

- (A) da wir dem dualen System den Vorrang geben und meinen, daß die vollzeitschulische berufliche Ausbildung eben nicht die Priorität haben soll. Wir sind der Auffassung, daß das, was hier als Notmaßnahme angeboten worden ist, nicht unnötig verlängert werden sollte.

Ich denke, das reicht für die erste Beratungsrunde. Wir werden sicherlich im Ausschuß über Details miteinander noch streiten.

(Minister Schwier: Dann bringe ich alle Briefe Ihrer Kollegen mit, die das im Einzelfall wünschten!)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Abgeordneter! - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Hilgers das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Hilgers^{*} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der Tatsache, daß wir noch 500 Plätze in der vollzeitschulischen Berufsausbildung haben, kann natürlich keine Rede davon sein, daß diese gegenüber den weit mehr als 100 000 Plätzen in der betrieblichen Ausbildung in Nordrhein-Westfalen Priorität hätten. Eine solche Bewertung, Herr Kollege Reul, ist angesichts der Zahlen sicherlich völlig daneben.

Es geht darum, im Einzelfall vor Ort für bestimmte Berufe und für bestimmte Gruppen noch eine geringe Zahl an Ausbildungsplätzen flankierend vorzusehen. Für uns ist es selbstverständlich, daß dies unter denselben finanziellen Bedingungen geschieht wie bisher. Wir werden über den Entwurf dieses Gesetzes konstruktiv im Ausschuß beraten und bitten um Überweisung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter! - Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Wickel das Wort.

Wickel (F.D.P.): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da es schnell gehen soll, wollen wir heute nicht viel über den Gesetzentwurf diskutieren. Wir haben dazu im Ausschuß Zeit.

Es ist genau das eingetreten, was mein Kollege Reichel am 4. August 1986 vermutet hat, als er dem Kollegen Dammeyer vorhielt, daß die SPD-Fraktion 1990 wahrscheinlich mit einer Neuauflage dieses Gesetzes kommen werde.

(Dr. Dammeyer (SPD): Das haben wir auch gesagt!)

- Das haben Sie damals nicht gesagt! Ihr Fraktionsvorsitzender Professor Farthmann hat damals vor der Presse erklärt: Dieses Gesetz ist ein Notstopfen. Wenn ein Notstopfen, wie es 1986 erforderlich war, auch 1990 noch erforderlich ist, muß ich Ihnen vorhalten, daß im nächsten Jahr über 100 000 Lehrstellen nicht besetzt werden können. Da müssen Sie mir einmal erklären, warum Sie im Jahr 1990 notstopfen müssen.

Wir haben die Sorge, daß etliche Punkte in der Vorlage noch nicht ausreichend geklärt sind. Wir haben die Hoffnung, sie während der Ausschußberatungen klären zu können. Wenn Sie uns überzeugen wollen, daß dieses Gesetz auch heute noch richtig ist, bieten wir Ihnen die Möglichkeit an, die Ausschußberatungen dafür hinreichend zu nutzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Denzer: Wenn mehr in diesem Parlament so präzise und kurz gemacht würde, wäre das für uns alle förderlich. - Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist somit einstimmig beschlossen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Beschlüsse zu Petitionen
- Übersicht 43 -

Wünscht jemand hierzu das Wort? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann stelle ich gemäß § 100 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung fest, daß diese Beschlüsse zu Petitionen durch Ihre Kenntnisnahme bestätigt sind.

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Die nächsten Sitzungen finden vom 6. bis 8. Dezember 1989 statt. Im Mittelpunkt wird die zweite Lesung des Haushaltsentwurfs 1990 stehen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und ein schönes Wochenende.